

Peter Wahl

Die Zivilgesellschaft und die Krise

Der Crash des Finanzsystems war kein unvorhersehbares Naturereignis. Unorthodoxe Ökonomen wie die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz oder Paul Krugmann und andere kritische Akademiker hatten immer wieder vor den Risiken gewarnt, die von der neoliberal verfassten Finanzindustrie ausgehen. Auch bei linken Parteien, Gewerkschaften, bei einigen NGOs und der globalisierungskritischen Bewegung wurde seit Jahren darauf hingewiesen, dass von den global liberalisierten Finanzmärkten enorme Gefahren ausgehen. So heißt es z.B. in der Grundsatzerklärung von Attac Deutschland, die 2000 verabschiedet wurde, dass „die grenzenlose Freiheit der Kapitalflüsse zu einer wachsenden Instabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen [führt], die sich in immer kürzeren Abständen in Krisen entlädt. Durch Finanzcrashes werden jahrelange wirtschaftliche Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften über Nacht zunichte gemacht.“

Allerdings, vom Zeitpunkt und vor allem vom Ausmaß und der Wucht der Krise waren selbst die meisten Kritiker überrascht. Dass die Finanzkrise so schnell in eine globale Wirtschaftskrise hinüberwachsen würde, hatten nur wenige von ihnen erwartet. Es ging ihnen wie Seismologen, die aus tektonischen Verschiebungen und zunehmenden Spannungen zwar schließen können, dass es bald zu einer Entladung kommen muss, aber vom Zeitpunkt des Bebens und dessen Stärke dann doch überrascht werden.

Kassandra ohne Hegemonie

So war die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen überschaubar, die sich vor dem 15. September 2008, zum Zeitpunkt also, da mit dem Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers das ganze Ausmaß der Krise auch für die breite Öffentlichkeit zutage trat, sich zur Finanzmarktthematik geäußert hatten. Attac gehört dazu sowie einige NGOs, wie WEED oder der Evangelische Entwicklungsdienst, die vor allem die Effekte auf die Entwicklungsländer thematisierten. In Großbritannien war es die New Economics Foundation, die mit dem Konzept eines New Green Deal in die Debatte eingriff, oder das Third World Network (Malaysia), Focus on the Global South (Thailand), ibase in Brasilien oder in den USA New Rules for Global Finance.

In den letzten Monaten hat sich das geändert, und es gibt nun kaum noch eine Organisation, die nicht Stellung genommen hätte. Allerdings ist die Lage nach wie vor davon gekennzeichnet, dass auch die Zivilgesellschaft mit der außerordentlichen Dynamik der Krise kaum mithalten kann. Die Sachkompetenz und die Kapazitäten, flexibel und angemessen zu reagieren, können nicht über Nacht bereitgestellt werden, auch wenn Prozesse der Selbstorganisation allenthalben eingesetzt haben. So hat sich z.B. im Januar 2009 ein europäisches, sektorübergreifendes Netzwerk gebildet, das NGOs, Gewerkschaften und Soziale Bewegungen zusammenbringt und Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene her-

stellen will. Auch das Weltsozialforum im brasilianischen Belém Ende Januar 2009 wurde genutzt, um sich besser zu positionieren.

Allerdings ist es nur in wenigen Fällen gelungen, nennenswerten Einfluss auf die Debatte zum Krisenmanagement und die weiteren Reformperspektiven zu gewinnen, auch wenn viele grundsätzliche Einschätzungen der Globalisierungskritik heute Gemeingut sind. Grundlegende Dogmen des neoliberalen Leitbildes, wie das von der Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte, und der Glaube, dass Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung sich per se positiv auswirken würden, sind gründlich blamiert. Der Staat, bisher Lieblingsfeind des Neoliberalismus, hat sich nun als Retter in der Not erwiesen. Damit verbunden ist aber auch die bisher ungebrochene diskursive Hegemonie der Funktionseliten. Sie konnte weder von der Zivilgesellschaft noch von der parteipolitischen Opposition, etwa der Linkspartei oder den Grünen, in Frage gestellt werden. Ähnlich sieht es in Italien, Frankreich und anderen europäischen Ländern aus, und erst recht in den USA, wo der „Obama-Effekt“ ohnehin alles andere zudeckt.

Das kann sich natürlich im Verlauf der Krise ändern, etwa dann, wenn die Effekte auf die Realwirtschaft¹ auch bei uns voll durchschlagen und die Arbeitslosenzahlen nach oben schnellen. Aber eine Garantie gibt es dafür nicht.

Alternativvorschläge für ein neues Finanzsystem

Die Zivilgesellschaft befindet sich noch mitten im Prozess, ihre eigenen Positionen herauszubilden. Dabei sind einige Dimensionen der Problemlage noch nicht aufgearbeitet, und bei anderen gibt es zahlreiche unentschiedene Kontroversen. Insofern ist die folgende Zusammenfassung von zivilgesellschaftlichen Positionen eine Momentaufnahme. Angesichts der außergewöhnlichen Dynamik der Krise können auch hier rasche Veränderungen nicht ausgeschlossen werden.

Die Zusammenfassung basiert vorwiegend auf Diskussionen und Dokumenten, die im europäischen Rahmen in Attac und in dem oben genannten, sich formierenden sektorübergreifenden Netzwerk stattfinden. Die europäischen Attac-Gliederungen hatten als erste auf europäischer Ebene eine relativ fundierte und umfassende Analyse und Alternativvorschläge vorgelegt.² Später entstandene Texte anderer Organisationen haben zahlreiche Elemente daraus übernommen, variieren sie und ergänzen sie durch spezifische Aspekte, z.B. entwicklungs- oder umweltpolitische Forderungen.

Ausgangspunkt Systemkrise

Analytischer Ausgangspunkt ist, dass die Krise systemischen Charakter trägt. Als System wird dabei nicht der Kapitalismus als solcher verstanden, sondern eine spezifische Formation kapitalistischer Wirtschaft, wie sie sich im vergangenen Vierteljahrhundert herausgebildet hat. So spricht die europäische Attac-Erklärung von der „Etablierung eines neuen ökonomischen Modells, einer neuen Form von Kapitalismus [...], die von einigen als Finanzielle Globalisierung, von anderen als Finanzkapitalismus oder Shareholder Kapitalismus bezeichnet wird.

1 Realwirtschaft ist ein Fachausdruck, der vor allem, aber nicht nur, in der Neo-Klassik verwendet wird. Er bezeichnet, im Gegensatz zu den Finanzmärkten, Produktion, Handel und Dienstleistungen.

2 Die Zeit ist reif: Das Casino schließen. Attac-Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen. www.casino-schliessen.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/casino/Texte/attacs_in_europa_erklaerung_finanzkrise_dt.pdf.

Wie immer man das neue System nennt, klar ist: Während früher die Finanzmärkte eine nachgeordnete und Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft spielten, hat sich diese Beziehung jetzt umgekehrt.“

Aus dieser systemischen Betrachtungsweise wird abgeleitet, dass es nicht nur darum geht, die Stabilität des Finanzsystems wiederherzustellen, sondern dass auch die Verteilungsprobleme, die mit dem Finanzkapitalismus verbunden sind, gelöst werden müssen, sowie eine generelle Demokratisierung und Ökologisierung der Wirtschaft anzustreben ist. Es geht um eine systemische Transformation des Finanzkapitalismus hin zu einer demokratischeren, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit orientierten Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür wird auch eine neue Finanzarchitektur gebraucht, die diese Transformation befördert. Ein neues Finanzsystem muss sich dabei auf folgende Hauptprinzipien stützen:

- a) Die Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft muss gebrochen werden. Das Finanzwesen muss die Rolle eines Dienstleisters für die Wirtschaft und für die Gesellschaft als Ganze spielen.
- b) Das neue System muss stabil und vorhersagbar sein. Es muss für die Wirtschaft ein verlässliches Umfeld zur Verfügung stellen.
- c) Die negativen Verteilungseffekte des Finanzkapitalismus müssen umgekehrt werden. Wir brauchen eine Umverteilung von oben nach unten und von den privaten zu den öffentlichen Kassen. Löhne müssen zur Haupttriebkraft der Akkumulation werden.
- d) Die Finanzmärkte brauchen demokratische Kontrolle. Der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie (Finanzwirtschaft als fünfte Gewalt) muss Einhalt geboten werden. Das gilt auch international. Insbesondere die Peripherie muss genügend politischen Spielraum haben, um über ihren eigenen Entwicklungspfad zu entscheiden.

Bausteine einer neuen Finanzordnung

Die folgenden Einzelvorschläge für Reformen orientieren sich entsprechend des systemischen Ansatzes an folgenden Dimensionen: Vorrang für die Realwirtschaft, Stabilität, Verteilung, Demokratie.³

a) Maßnahmen, um die Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft zu brechen

Dazu wäre eine Besteuerung aller Kapitaltransfers sinnvoll, um die Hypertrophie und die Macht des Finanzsektors zu reduzieren, den Renditedruck abzubauen, der von der schieren Kapitalmasse ausgeht, ihn zu entschleunigen und die Kurzfristorientierung abzubauen. Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist die Errich-

3 Die Zusammenfassung zivilgesellschaftlicher Positionen beruht im Wesentlichen auf der Auswertung folgender Dokumente:

- **Attac** (2008): Die Zeit ist reif: Das Casino schließen. Attac-Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen. www.casino-schliessen.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/casino/Texte/attacs_in_europa_erklaerung_finanzkrise_dt.pdf

- **Bretton Woods Project** (2009): „Overhaul of international institutions. Is the G20 willing to deliver?“, <http://www.brettonwoodsproject.org/art-563610->

- **Bank Track** (2008): El Escorial Statement on Banks and the Financial Crisis“ www.banktrack.org/download/bank_to_the_future/escorial_declaration_final.pdf

- **NEF New Economics foundation** (2008): From the ashes of the crash: 20 first steps from new economics to rebuild a better economy, November 11, 2008, http://www.neweconomics.org/gen/z_sys_PublicationDetail.aspx?pid=268

- **FoEE Friends of the Earth Europe** (2008): Towards A Just and Sustainable Financial System: A Summary of Key Friends of the Earth Recommendations, November 13, 2008, http://comhlamh.org/assets/files/pdfs/foe_financial_recommendations.pdf.

tung eines starken öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektors sowie von öffentlichen Entwicklungsbanken. Dabei soll der öffentliche Sektor zur strategischen Finanzierung des ökologischen Umbaus in der Lage sein. Leitbild soll nachhaltige Entwicklung und nicht der Maximalprofit sein.

Diese Maßnahmen sind weniger radikal als sie scheinen. Schließlich sind bereits weite Teile des Bankensektors in öffentlicher Hand, am stärksten in den USA, aber auch zunehmend in Europa. Die gegenwärtigen Verstaatlichungen brauchen daher nur auf Dauer gestellt zu werden, wobei die Institute über einen öffentlich-rechtlichen Status einer größtmöglichen demokratischen Kontrolle unterworfen werden müssen. Zugleich müsste eine Dezentralisierung und Kommunalisierung des Kreditwesens durchgeführt werden.

Weitgehender Konsens besteht auch darin, dass alle Länder nationale Kapitalverkehrskontrollen einrichten können, wenn sie es für notwendig halten, um der Ansteckungsgefahr durch Krisen zu begegnen.

b) systemische Stabilität

Stabilität wird auch in der Zivilgesellschaft als globales öffentliches Gut betrachtet. Deshalb ist sie wesentlicher Bestandteil einer Reform des Finanzsystems. Als wichtige Eckpfeiler einer neuen Ordnung werden genannt:

- Transparenz als Voraussetzung jeder effizienten Aufsicht und Regulierung.
- Austrocknung von Steueroasen und Offshore-Zentren. Banken und andere Marktakteure verlieren ihre Lizenz, wenn sie Zweigstellen in Offshore-Zentren unterhalten oder mit ihnen Bankgeschäfte abwickeln.
- Die außerbilanzlichen Geschäfte, die eine wichtige Rolle für die gegenwärtigen Krise gespielt haben, sollen verboten werden.

Darüber hinaus sollen die Eigenkapitalanforderungen für die Banken erhöht werden. Der OTC- Handel (over-the-counter, d.h. außerbörslich) mit Derivaten soll verboten oder zumindest streng reguliert werden. Nur noch standardisierte, amtlich lizenzierte Derivate sollten gehandelt werden dürfen, und dies ausschließlich an öffentlichen Börsen. Auch die Ausgabe und der Handel von risikanten und überkomplexen Produkten soll gestoppt werden. Hedgefonds, Private Equity Fonds, die sog. Heuschrecken und andere hochgradig fremdkapitalfinanzierte Institutionen sollen verboten werden, da sie keine nützliche makroökonomische Funktion haben.

Die Stabilisierung der Wechselkurse ist auf Dauer ein entscheidendes Instrument der Systemstabilität. Freie Wechselkurse liegen vielen Problemen des Finanzsystems zugrunde. Besonders für Entwicklungsländer ist die Wechselkursproblematik bedeutend, dass sie sehr von den Starkwährungen abhängen, vorn weg vom Dollar, der nach wie vor die dominante Leitwährung der Weltwirtschaft ist. Deshalb soll zunächst die Stabilisierung der Wechselkurse, auf lange Frist ihre Ersetzung durch regionale Währungen nach dem Beispiel des Euro und langfristig eine Weltwährung angestrebt werden.

Ein Schritt zur Stabilisierung der Wechselkurse wäre die Einführung einer zweistufigen Steuer auf Devisengeschäfte. Die Steuer ist an einen variablen Wechselkurs-Korridor gekoppelt. Solange der tatsächliche Wechselkurs innerhalb des Korridors verbleibt, ist die Steuer niedrig. Sobald die Schwelle überschritten wird, tritt der zweite Steuersatz in prohibitiver Größenordnung in Kraft; so wird der Wechselkurs immer wieder in den Korridor zurückgeführt. Technisch ist die Steuer einzelstaatlich umsetzbar.

Die UNCTAD hat in einer Studie zur Finanzkrise die Einführung einer künstlichen internationalen Verrechnungseinheit vorgeschlagen, die eine Vorstufe zu

einer Weltwährung wäre.⁴ Die Idee wurde schon 1944 von Keynes formuliert. Allerdings konnte er sich damals nicht gegen die USA durchsetzen. Weitergehender noch wäre die Einführung regionaler Währungen nach dem Vorbild des Euro. In Asien und Lateinamerika werden solche Vorschläge diskutiert. Mit der Krise sind ihre Durchsetzungschancen deutlich gestiegen.

Genauso grundlegend wie das Wechselkursproblem sind die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte. Besonders das US-Defizit auf der einen und die Überschüsse großer Volkswirtschaften wie der deutschen, japanischen und chinesischen auf der anderen Seite sind nicht nachhaltig. Sie bedrohen permanent die Stabilität und sind abzubauen.

c) *Die Ungleichheitsdynamik im Finanzsystem zurückdrängen*

Eine neue Akkumulationsweise wird die Nachfrage, die Löhne und die Arbeit im Verhältnis zum Kapital stärken müssen. Ein Schlüssel zur Stärkung der Nachfrage ist dabei eine stark progressive Einkommensbesteuerung. Parallel dazu ist die Einführung internationaler Steuern zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter, wie Umwelt, Entwicklung etc. sowie zur Regulierung z.B. von Devisentransaktionen und Transnationalen Unternehmen sinnvoll.

Die Privatisierung der Sozialsysteme und wichtiger Infrastrukturbereiche, wie Energie und Transport, soll gestoppt und rückgängig gemacht werden. Das ist nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Rationalität und sozialer Gerechtigkeit, sondern auch vom Standpunkt der Demokratie von besonderer Bedeutung. Die sozialen Probleme, auf die diese öffentlichen Güter eine Antwort sind – Alter, Gesundheit, Bildungs- und Qualifizierungsanforderungen, Klima- und Naturschutz, Wasser- und Stromversorgung oder Mobilität usw. –, sind so existenziell, dass sie nicht unter kommerzieller Herrschaft belassen werden können.

Zur Absicherung all dieser Reformen sind Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie notwendig. Arbeitsrechte müssen gestärkt und internationale Standards in Übereinstimmung gebracht werden. Für Industrieländer sind die gegenwärtigen Kernbestimmungen internationaler Arbeitsstandards zu schwach. Sie müssen der Situation in den Industrieländern angepasst werden. Gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebungen müssen rückgängig gemacht werden. Beschäftigten, Gewerkschaften, Konsumenten und anderen „stakeholdern“ müssen verbindliche Mitbestimmungsrechte bei unternehmerischen Entscheidungen verliehen werden.

d) *Institutionelle Reformen*

In den nächsten Monaten wird sich entscheiden, in welchem institutionellen Rahmen Reformen vorangetrieben werden. Dabei kann es zu Verschiebungen im multilateralen Institutionengefüge kommen. Vermutlich wird die G8 an Bedeutung verlieren, während das Gewicht der G20 zunehmen dürfte. In der Zivilgesellschaft werden dazu folgende Vorschläge gemacht:

- Multilaterale Kooperation zwischen den Regierungen soll an die Stelle nationaler Konkurrenz treten. Es soll eine Art Bretton Woods 2.0, an die Situation des 21. Jh. angepasst, etabliert werden. Dazu könnte die G20 ein Ansatzpunkt sein, allerdings nur, wenn sie in das UN-System eingebunden und von dort legitimiert wird. Darüber hinaus ist der Gruppe der ärmsten Länder eine Stimme zu geben.

⁴ UNCTAD (2009): The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies. Report by the UNCTAD Secretariat Task Force on Systemic Issues and Economic Cooperation, Geneva.

- Das Mandat von IWF, Weltbank und WTO soll reduziert werden. Die drei Organisationen sollen unter die Kontrolle einer demokratisierten G20 gestellt werden.
- Auf nationaler Ebene sollen Regulierung und Aufsicht gestärkt und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Darüber hinaus muss die Aufsicht internationalisiert werden.
- Das Rating soll entkommerzialisiert und zu einem Teil der öffentlichen Aufsicht werden.

Krisenmanagement und Rettungspakete

Im Vergleich zu den Vorschlägen für ein neues Finanzsystem sind die Positionen der Zivilgesellschaft zum akuten Krisenmanagement geringer und weniger ausgereift. Hier zeigt sich besonders stark der Mangel an Fachkompetenz und Bearbeitungskapazitäten. Dabei muss man zunächst zwischen drei Grundformen unterscheiden:

- a) den Interventionen der Zentralbanken zur Bereitstellung von Liquidität,
- b) den Rettungspaketen für Banken, incl. Bad Banks, und
- c) Konjunkturprogrammen zur Abfederung der Krisenfolgen in der Realwirtschaft.

Liquiditätsspritzen der Zentralbanken

Die Liquiditätsspritzen für die Banken in dreistelliger Milliardenhöhe werfen die Frage auf, ob es legitim und volkswirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist, auf das Versagen der privaten Akteure jetzt mit Steuergeldern zu reagieren. Die Fragen und oft auch die damit einhergehende Empörung sind sehr verständlich. Dennoch: Wenn die Stabilität des Finanzsystems ein öffentliches Gut ist, liegt es im Allgemeininteresse, dass der Zahlungsverkehr aufrechterhalten wird und der sich aus der laufenden Wirtschaft ergebende Bedarf an Krediten gedeckt wird. Es muss gewährleistet sein, dass Bausparverträge weiter laufen, dass Hausbankkredite nicht eingestellt und Renten und Lebensversicherungen ausbezahlt werden sowie all die anderen Dienstleistungen erbracht werden können, die von einem modernen Finanzsystem für die Bürger und die Realwirtschaft erwartet werden können. An einem Zusammenbruch des Finanzsystems, wie 1929, kann man kein Interesse haben. Die Folgen waren gerade für Mehrheit der Bevölkerung besonders schlimm: Arbeitslosigkeit, Prekarisierung, sozialer Abstieg, Verarmung. Von den politischen Risiken wie der Stärkung von rechten und neofaschistischen Tendenzen nicht zu reden.

Rettungsschirme für Banken

Ähnlich liegt das Problem bei den Rettungsprogrammen für Banken. Auch hier hat die Stabilität des Gesamtsystems Vorrang. Nur wenn man sich ganz sicher sein kann, dass ein Bankrott keine systemischen Folgen hat, kann man eine Bank Bankrott gehen lassen. Die Entscheidung der Bush-Administration, Lehmann Brothers nicht zu retten, beruhte auf der neoliberalen Annahme, der Markt könne und müsse das selbst regeln. Das hat er dann ja auch getan. Die Ergebnisse sind bekannt.

Allerdings: Mit der Rettung einer Bank durch den Staat entstehen Ansatzpunkte für eine Umgestaltung der Bank bzw. des ganzen Bankwesens, die unbedingt zu nutzen sind. Inakzeptabel wäre eine Sozialisierung der Verluste, während die

Gewinne nach der Krise dann wieder privat eingestrichen werden. Als Eigentümer kann der Staat sofort bestimmte Praktiken abstellen, was im Falle der Managergehälter in einigen Fällen bereits getan wird. Allerdings ist das nicht ausreichend. Es kommt darauf an, das Eigentum an einer Bank zu nutzen, ein langfristiges Umprofilierungskonzept, ggf. bis hin zur Vergesellschaftung, vorzubereiten. Als entscheidendes Kriterium für die Bewertung einer Rettungsaktion gilt, ob damit die Weichen für eine zukünftig demokratische Kontrolle gestellt werden.

Konjunkturprogramme

Insgesamt wurden in den letzten beiden Monaten des Jahres 2008 Konjunkturprogramme in den Industrieländern und China in der Größenordnung von 1,5 Billionen USD verabschiedet. Sinn dieser Programme ist es, die Krisenfolgen auf die Realwirtschaft, auf Beschäftigung und Soziales abzufedern. Auch das ist eine der Lehren aus der Weltwirtschaftskrise, wo die US-Regierung sich weigerte, auf eine expansive Ausgabenpolitik zu setzen.

Das Risiko bei Nichtstun besteht darin, dass die Wirtschaft in eine Deflation abrutscht und es zu einer jahrelangen Depression kommt. Genau das ist im Jahre 1929 und den Folgejahren geschehen.

Für die Wirksamkeit von solchen Programmen sind drei allgemeine Kriterien von Bedeutung:

- a) Umfang
- b) zeitliche Wirkung, d.h., was wirkt sofort, was später,
- c) die Qualität, d.h. die Bereiche, in die das Geld fließt und die entsprechenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Effekte. Solche Programme sollten ebenso zum ökologischen Umbau beitragen wie zur Schließung der Gerechtigkeitslücke.

Damit solche Programme nicht von vornherein verpuffen, empfiehlt z.B. der IWF, soviel Prozent des BIP des jeweiligen Landes einzusetzen, wie an Wachstumseinbruch erwartet wird.⁵ Für die Bundesrepublik mit einem BIP von gegenwärtig ca. 3 Billionen Euro würde dies bei einem Rückgang um 5 % bedeuten, 150 Mrd. Euro zur Konjunkturstützung einzusetzen. Bisher wurde davon ein Drittel erreicht.

Das Rettungspaket der Bundesregierung wird nur von wenigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, darunter die Gewerkschaften und in Teilaspekten von Attac kommentiert. Angesichts von konservativen Prognosen über 2 % Wachstumsrückgang bei der Bundesrepublik genügt das Programm, das die Bundesregierung im Januar 2009 aufgelegt hat, diesem Kriterium nicht, ganz zu schweigen davon, wenn düsterere Prognosen, die inzwischen bis zu 8 % Wachstumsrückgang reichen, zugrunde gelegt werden.

Auch was den Zeitfaktor angeht, werden Zweifel geäußert, ob das Programm rechtzeitig wirkt. So kann lediglich der einmalige Bonus von 100 Euro auf das Kindergeld sofort wirksam werden, wenn er in Nachfrage umgesetzt wird. Programme, die in die Bildung und die Instandsetzung von Schulen u.ä. gehen, sind natürlich sinnvoll, allerdings dauert es, bis sie greifen. Ähnliches gilt für die Förderung von Breitbandkabelnetzen in ländlichen Gebieten, die den Internetzugang für Unternehmen und Haushalte verbessern.

Problematischer dagegen sind Prämien für den Neukauf von Autos und Investitionen in den Straßenbau. Zwar sollen mit den neuen Autos alte und umwelt-

5 IMF (2009): Global Economic Policies and Prospects. Note by the Staff of the International Monetary Fund. Washington. S. 17.

schädliche Modelle aus dem Verkehr gezogen werden, aber besser als die Förderung des Individualverkehrs wären Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr.

Verteilungspolitisch problematisch sind die Senkung von Einkommensteuern und Sozialabgaben. Selbst wenn sie nach einiger Zeit zur Stimulierung der Nachfrage beitragen sollten, so begünstigen sie die Beschäftigten, während Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nichts davon haben. Aber gerade in diesen Gruppen sind Hilfen zur Steigerung der Konsumnachfrage besonders wirksam und zudem schnell.

Auch zu dem breit diskutierten Thema Bad Bank gibt es fast keine zivilgesellschaftlichen Stellungnahmen. Bad Banks sind Auffangesellschaften für faule Kredite und toxische Wertpapiere. Indem diese aus den Bilanzen der Banken in die Bad Bank transferiert werden, soll die Bank wieder handlungsfähig werden und Kredite für die Realwirtschaft bereitstellen können. Am differenziertesten äußert sich dazu die IG-Metall.⁶ Demnach werden Bad Banks abgelehnt, wenn sie nur auf die Sozialisierung der Verluste hinauslaufen. Stattdessen wird eine Ausgestaltung von Bad Banks, bzw. die Schaffung eines Fonds, befürwortet, die mit Gewinnen der Good Bank nach Ende der Krise die Krisenverluste wieder refinanziert. D.h. die öffentliche Hand tritt nur zur Überbrückung der Krise in Aktion, der Privatsektor muss die Verluste später wieder ausgleichen.

Die Funktionseeliten zwischen Kosmetik und substanziellen Veränderungen

Um wirklich Einfluss auf die Auseinandersetzung um Veränderungen zu gewinnen, reichen Ideen für Alternativen nicht aus. Diese müssen auch die Massen ergreifen. Darüber hinaus bedarf es glaubwürdiger Personen und Organisationen, die das Vertrauen nennenswerter Teile der Bevölkerung gewinnen können. Außerdem ist eine geschickte Bündnispolitik mit anderen Reformkräften notwendig, erst recht, solange der eigene Einfluss noch so schwach ist wie gegenwärtig der Fall. Deswegen sollen im Folgenden strategische Überlegungen zur Durchsetzung der politischen Forderungen diskutiert werden.

Eine der wichtigsten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang für eine emanzipatorische Strategie stellt, ist die nach den Handlungsperspektiven der Funktionseeliten. Die Frage ist, ob sie substanzielle Veränderungen anstreben oder nur kosmetische Änderungen. Wenn man die Beantwortung dieser Frage nicht charakterlichen Dispositionen wie Pessimismus oder Optimismus überlassen will, muss man über die Determinanten nachdenken, die sozio-ökonomischen Wandel zu bewirken in der Lage sind.

In der Geschichte ist bedeutender Wandel durch folgende drei grundsätzlichen Möglichkeiten zustande gekommen:

- a) Die subalternen Schichten und Klassen wollen nicht mehr weiter machen wie bisher und besitzen auch die Kraft und Organisiertheit, die bestehenden Verhältnisse umzugestalten,
- b) die Funktionseeliten oder relevante Strömungen von ihnen initiieren eine Reform von oben,
- c) es gibt eine Kombination von beidem, wobei die dann interessanteste Frage ist, bei wem die Hegemonie liegt.

In der gegenwärtigen Krise ist die erste Option, der Wandel von unten, bisher nicht in Sicht. Im Gegenteil, wie bereits festgestellt, sind Protest, Widerstand und

6 IG Metall. Wirtschaftspolitische Informationen. Nr. 01 / 24. Februar 2009.

Stärke oppositioneller Aktivitäten nicht über dem Niveau von „normalen“ Zeiten. Organisationen, die in einem solchen Prozess das Potential zur Führung hätten, sind nicht erkennbar.

Bei den Funktionseliten zeichnet sich dagegen eine Spaltung ab. So bilden sich deutlich erkennbare Ansätze einer reformbereiten Strömung heraus, die sich von dem neoliberalen Flügel, wie er in der Bundesrepublik vor allem von der FDP, dem Wirtschaftsflügel der CDU und weiten Teilen der Finanzindustrie verkörpert wird, abhebt. Ihr prominentester Vertreter scheint der neue US-Präsident zu sein, aber Äußerungen des IWF-Chefs und französischen Sozialisten Dominique Strauss-Kahn oder von Nicolas Sarkozy weisen ebenfalls in diese Richtung, ganz zu schweigen von der UN-Kommission unter Vorsitz des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz, die vom Generalsekretär der UNO etabliert wurde. Aus der Bundesregierung gehört Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul der Kommission an.

Stellvertretend für diese Strömung sei hier auf das Papier von Finanzminister Peer Steinbrück und SPD Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier verwiesen, das in einigen Punkten eine Annäherung an zivilgesellschaftliche Positionen darstellt.⁷ So fordern die beiden – fast formulierungsgleich mit Attac –: „Die Finanzmärkte haben sich zunehmend von der Realwirtschaft abgekoppelt. ... Wir wollen Finanzmärkte, die ihre dienende Funktion wahrnehmen.“ Gefordert wird das Verbot von „schädlichen Leerverkäufen“ und die Regulierung von Hedge und Private Equity Funds. Besonders nah an zivilgesellschaftlichen Positionen ist das Papier beim Thema Steuerparadiese: „Jährlich gehen dem Fiskus in Deutschland voraussichtlich über 100 Mrd. Euro an Steuereinnahmen verloren, weil Reiche und Superreiche ihr Geld in Steueroasen verlagern, während der Durchschnittsbürger die öffentlichen Leistungen mit seinem Steuergeld finanziert. Steuerhinterziehung ist unsolidarisch, und sie ist kriminell. Gerade Hedge-Fonds sind regelmäßig in regulierungsfreien Staaten registriert, da sie dort keinerlei oder nur einer geringen Besteuerung unterliegen.“

New Deal – substantielle Reform von oben

Dies alles mag zunächst nur verbaler Natur sein – in der Bundesrepublik überdies wahlkampfbedingt und mit viel altem, neoliberalen Denken durchsetzt. Es wäre aber ein Fehler, solche Diskursverschiebungen zu ignorieren. Vielmehr kommt es darauf an, daran anzuknüpfen, sie weiterzutreiben und auf Übereinstimmung von Anspruch und Wirklichkeit zu drängen. Andernfalls könnte sich ein historischer Fehler wiederholen, wie es die Unterschätzung des New Deal in den dreißiger Jahren war.

Barack Obama spricht ausdrücklich von einem Green New Deal.⁸ Der New Deal war eine bedeutende Reform von oben, die zwar nicht den Kapitalismus als solchen abschaffte, aber doch im Vergleich zur vorherigen und nachfolgenden Variante des Kapitalismus eine deutlich andere Form der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft war. Die Krise der 1930er Jahre war, ebenso wie die gegenwärtige, nicht primär der Effekt von Protest, des Drucks sozialer Bewegungen oder von Klassenkämpfen, sondern Ergebnis systemischer, interner Widersprüche des damaligen Kapitalismus. Auch der Kollaps des Finanzkapitalismus ist das Resultat seiner selbst erzeugten, internen Widersprüche.

7 Frank-Walter Steinmeier/Peer Steinbrück, Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen – Unsere Finanzmarktgrundsätze, Berlin, Februar 2009. www.spd.de/de/pdf/aktuell/20090227_fima_grundsatzetze.pdf.

8 www.barackobama.com/pdf/factsheet_energy_speech_080308.pdf.

Der New Deal kam für die Arbeiterbewegung und die Linke in Europa völlig unerwartet. Während sie darauf hoffte, dass der Kapitalismus unter seinen eigenen Widersprüchen zusammenbrechen würde oder für die Revolution kämpfte, hatten sie die Fähigkeit der Eliten zu substanziellen Reformen, die Regenerations- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an die neue Situation vollkommen unterschätzt. Es geht nicht darum, den New Deal zu verklären, sondern darum, die Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit des Kapitalismus nicht zu unterschätzen. Es ist zu früh, um einschätzen zu können, ob Obama der Roosevelt des 21. Jahrhunderts sein wird. Aber wir können diese Möglichkeit nicht ausschließen. Sein Plan „New Energy for America“ sieht immerhin einen starken Ausbau der Erneuerbaren Energien vor. 10 Prozent bis 2012, 25 Prozent bis 2025 lauten die Ziele. In Kombination mit anderen Maßnahmen will seine Regierung bis 2050 mindestens 80 Prozent der CO₂-Emissionen einsparen und mit einem Investitionsprogramm von ca. 150 Mrd. USD 5 Millionen neue Jobs im Umweltbereich schaffen.

Die Kraft des Problemdrucks

Das Hauptproblem der westlichen Eliten ist, dass der Finanzkapitalismus eine geordnete und stabile Akkumulation nicht zu gewährleisten vermochte. Die Maschine funktioniert nicht mehr. Eine so umfangreiche Vernichtung an Vermögenswerten, schrumpfende Profite, Instabilität, Unsicherheit, Finanzturbulenzen und Rezession macht Business as usual auch aus ihrer Interessenlage heraus unmöglich. Die USA können zudem die weitere Erosion des Dollars als Leitwährung, eine der wichtigsten Stützen ihrer hegemonialen Position, nicht länger hinnehmen.

Da die Blase geplatzt ist, stellen sich einige Zukunftsfragen:

- a) Woher sollen neue Wachstumsimpulse kommen? Wenn kein Wunder geschieht, sind die einzigen Kandidaten die Nachfrageseite, d.h. die Löhne und der Staat.
- b) Die großen Leistungsbilanzdefizite werden verschwinden müssen. Die Schwellenländer, aber auch die EU werden das Absaugen von zwei Dritteln der globalen Ersparnisse durch das US-Leistungsbilanzdefizit auf Dauer nicht hinnehmen.
- c) Um die Inflation zu kontrollieren, werden die Regierungen die Kontrolle über die Wechselkurse zurückgewinnen müssen. Die Reduzierung der Wechselkursschwankungen ist daher auf der Tagesordnung.
- d) Das globale Geldsystem wird sich in Richtung auf mehrere Leitwährungen bzw. Währungsblöcke, weg von der Hegemonie des Dollar, bewegen müssen.
- e) Mit Blick auf die Ansteckungsgefahren durch die Krise werden Kapitalkontrollen eine Wiedergeburt erleben.
- f) Eine wichtige Determinante für Wandel ist die Existenz einer zumindest unter simplen Wachstumskriterien erfolgreichen Alternative in Gestalt des autoritären Staatskapitalismus Chinas. Auch wenn sehr fraglich ist, wie nachhaltig dieses Modell ist, in einer zugespitzten Krisensituation, in der jeder verzweifelt nach Rettung sucht, ist es schwer, wählerisch zu sein. Dies gilt besonders für die Peripherie. Aber auch das skandinavische Modell des Kapitalismus wird in den Industrieländern attraktiver werden.

Zudem ist eine Rekonfiguration des internationalen Systems im Gange. Das Zeitalter einer unipolaren Welt, das nach dem Kalten Krieg begann, war, in historischen Kategorien gedacht, sehr kurz. Eine multipolare Welt entwickelt sich,

in der die USA weiterhin eine herausragende Rolle spielen werden. Mit ihrer ausschließlichen Dominanz jedoch ist es vorbei. Auch das nicht zuletzt als Ergebnis des Zusammenbruchs des „angelsächsischen Kapitalismus“.

Worauf es jetzt ankommt

Für all jene, die sich gegen den Neoliberalismus engagiert hatten, ist der Crash die Bestätigung ihrer Argumente. Für sie eröffnet sich eine historische Chance. Angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse aber liegt die Hegemonie im Reformdiskurs noch bei den reformorientierten Eliten. Der US-amerikanische Präsident wird – auch aus kulturellen Gründen – zunächst auf eine Woge der Sympathie stoßen. Wer meint, ihn genauso wie George W. Bush behandeln zu sollen, wird sich wahrscheinlich schnell ins Abseits katapultieren. Stattdessen ist eine Politik zu entwickeln, die verhindern kann, dass die gespaltenen Eliten wieder zu einem homogenen Block verschmelzen. Die kommenden Monate oder sogar Jahre werden von einem intensiven Ringen um Reformen geprägt sein. Es wird dabei von den emanzipatorischen Kräften selbst abhängen, ob sie Einfluss auf den weiteren Verlauf der Veränderungen nehmen können.

Transnationales Datenschutzrecht



Transnationalität und Datenschutz

Die Verbindlichkeit von
Unternehmensregelungen

Von RA Dr. Achim Büllesbach

2008, 221 S., brosch., 48,- €,

ISBN 978-3-8329-3751-5

(Frankfurter Studien zum
Datenschutz, Bd. 34)

Die Rechtskonformität unternehmensinterner Verhaltensrichtlinien mit universalem Geltungsanspruch steht in vielen Rechtsbereichen in einem Spannungsverhältnis von staatlicher Regulierung und Selbstregulierung. Was bedeutet Verbindlichkeit in diesem Zusammenhang im Datenschutzrecht? Wie lässt sie sich in transnationalen Unternehmen heute ausgestalten?



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de